

InfoWeb Weiterbildung

Die Bedeutung von Weiterbildungsdatenbanken als wichtige Marketinginstrumente für Weiterbildungsanbieter hat sich in den letzten beiden Jahren verdoppelt. Dies ist eins der Ergebnisse der Anfang 2010 zum achten Mal durchgeführten Online-Umfrage des InfoWeb Weiterbildung (IWWB). Die Umfrage wurde von 45 Internet-Weiterbildungsdatenbanken unterstützt, bei 2.270 Teilnehmern. Ziel der Umfrage war es, das Angebot von Weiterbildungsdatenbanken zu optimieren und die Qualität der Informationen zu verbessern. Dazu hatten die Befragten die Möglichkeit, die Internet-Weiterbildungsportale zu bewerten und ihre Erwartungen zu artikulieren.

Der Erhebung zufolge werden Weiterbildungsdatenbanken zwar in erster Linie genutzt, um nach Kursen zu suchen, die für den Beruf wichtig sind, aber auch für die Suche nach Fördermöglichkeiten (Bildungsprämien, Bildungs- und Qualifizierungsschecks). Dabei steigt ihre Bedeutung als Marketinginstrument für Weiterbildungsanbieter: Fast 20 % aller Nutzer haben aufgrund der erhaltenen Informationen schon einmal an einem Kurs teilgenommen; in den Jahren 2002 und 2003 lag dieser Anteil noch bei lediglich 5 % und 2008 noch bei 10 %.

Dabei wurden 2009 durchschnittlich 977 Euro für eine geeignete Weiterbildung ausgegeben – dies ist allerdings deutlich weniger als 2008, wo der Betrag noch um 20 % höher, nämlich bei 1.235 Euro lag.

Weitere Ergebnisse aus der Umfrage 2010 und aus den früheren Umfragen sind online erreichbar unter: <http://www.iwwb.de/weiterbildung.html?seite=38>.

Im Fokus: Männersexualität

Katholische Selbstkritik und ihre Folgen

Bei der Serie von Missbrauchsskandalen, die die katholische Kirche in Deutschland seit einem halben Jahr, seit dem Vorstoß des Berliner Canisius-Kollegs, in mehrfacher Hinsicht erschüttert, sind die Weiterungen im Einzelnen nicht absehbar. Konsequenzen lassen sich jedoch bereits formulieren, gerade auch im Blick auf die Aufgaben einer Erwachsenenbildung in katholischer Trägerschaft.

Allgemeines Entsetzen

Stand zum Frühjahr 2010 ist, auch nach Feststellung des Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für Missbrauchsfälle: Eine lange Jahre geübte Vertuschungsstrategie fliegt auf; viele, meist länger zurückliegende Fälle werden bekannt; und es gelangt ans Licht, dass aus Sorge um die Kirche als Institution eher Abschirmung der Täter als Schutz der Opfer die Devise war. Die Enthüllungen bedeuten eine Zäsur, hinter die es kein Zurück mehr gibt. Erzbischof Schick im »Spiegel«-Interview (Nr. 19/10): »Es ist richtig, dass nun alles herauskommt.« Bei der Skandalisierung, die ihrer eigenen medialen Logik folgt, kommen allerdings nicht nur Einzelfälle zum Vorschein, sondern der Ungeist einer autoritären Erziehung überhaupt, der ebenfalls lange Jahre als Selbstverständlichkeit galt. Jeder (der Schreiber dieser Zeilen eingeschlossen), der eine katholisch angeleitete und betreute Erziehung im Adenauerstaat genoss, hat die Gemengelage aus Misshandlung, Ge- und Missbrauch Heranwachsender erlebt, wusste jedenfalls von ihrer Existenz. Und als in den 70er-Jahren ein Umdenken begann – im BGB wurde erst 1980 aus der »elterlichen Gewalt« die »elterliche

Sorge« –, stemmten sich christliche und christdemokratische Kreise gegen solche Entwicklungen einer »permisiven Gesellschaft«.

Gerade an Eliteschulen ging das Bestreben dahin, den Geist der Gehorsamerziehung möglichst zu konservieren und sich nur im Nötigsten an den neuen Zeitgeist anzupassen. »Schwarze Pädagogik« nannte das Katharina Rutschky in ihrer 1977 erschienenen Veröffentlichung, die eigentlich nur eine Bestandsaufnahme abschreckender Beispiele bot, wie sie dem progressiven pädagogischen Geist damals als untragbar galten. Michael Hanecke hat der schwarzen Pädagogik jüngst in den eindringlichen Schwarzweißbildern seines preisgekrönten Films »Das Weiße Band« ein würdiges Kulturdenkmal gesetzt. Einer solchen Erziehungspraxis wollten, das ist ja auch ausgiebig diskutiert worden, die legendären 68er das Handwerk legen. Von verschiedenen Seiten, z.B. vom Internatsleiter Bernhard Bueb, der durch die neuen Enthüllungen jetzt selber diskreditiert ist, wurde dagegen das »Lob der Disziplin« gesetzt – und die Rückkehr zu Verhältnissen mit klarer Wertorientierung gefordert. Peinlich für die Feier der traditionellen Tugenden und Werte, dass nun offenbar wird, was sich alles unter den Talaren und Soutanen ihrer Befürworter versteckt hielt.

Die »Ouvertüre« zur aktuellen Skandalserie in Deutschland stellte übrigens vor einigen Jahren die Aufdeckung der Praktiken dar, die in der geschlossenen, vor allem kirchlichen Erziehung von Heimen und Fürsorgeeinrichtungen der westdeutschen Nachkriegszeit vorherrschten, als sich die freie Welt gegen den totalitären Osten aufstellte. Es war Misshandlung mit System, wie der maßgeblich an

der Aufdeckung beteiligte »Spiegel«-Redakteur Peter Wensierski in seiner Veröffentlichung »Schläge im Namen des Herrn« schrieb (siehe die Rezension in EB 2/07): »Wer bisher geglaubt hat, nur im Osten, in der DDR, seien Menschen gequält, misshandelt, gedemütigt, erniedrigt und ihrer Chancen beraubt worden, der kann aus den Opferberichten lernen, dass der Westen so viel besser auch nicht mit denjenigen umgesprungen ist, die sich der verordneten gesellschaftlichen Norm nicht fügen mochten.« Wensierski brachte auch Instruktives zur (Vor-)Geschichte der 68er-Revolution. Wenn heute wieder an das gewalttätige Treiben der RAF erinnert wird, fällt ja meist unter den Tisch, welche autoritären, menschenverachtenden Verhältnisse die damaligen Antiautoritären vorfanden. Bevor sich Baader, Meinhof und Co. als Stadtguerilla ihren mörderischen Reim darauf machten, versuchten sie als freischaffende Sozialarbeiter mit einer Heimkampagne und anderen Aktionen die unhaltbaren Zustände anzuprangern. So drehte Ulrike Meinhof zusammen mit dem Regisseur Eberhard Itzenplitz 1970 den halbdokumentarischen Film

»Bambule« über einen Aufstand von Heimkindern, der gleich nach der Fertigstellung für ein Vierteljahrhundert im Giftschränk des Südwestfunks verschwand.

Besondere Aufmerksamkeit

Die Aufarbeitung der Fälle und Folgewirkungen muss, soweit sie nicht ins Spezialfach der Beratung und Therapie fällt, natürlich auch eine Aufgabe der Bildungsarbeit sein. Hier kann sie, ähnlich wie nach dem Schock der Finanzkrise, Möglichkeiten zur ersten Aussprache und Reflexion zur Verfügung stellen – natürlich mit dem Unterschied, dass kirchliche Trägerschaft jetzt selber angefragt ist und Selbstkritik, Teilnehmerorientierung und Offenheit für Kontroversen in ganz neuer Weise verlangt sind. Dazu gibt es mittlerweile eine Reihe von Denkanstößen, so die Stellungnahmen von DBK, Zentralkomitee der Laien oder Jugendverbänden. Das Erzbistum Köln legte im Mai 2010 die aktuellen »Informationen und Dokumente: zu Vorfällen von sexuellem Missbrauch« vor, die u.a. die Notwendigkeit der

Weiterbildung von pastoralen und pädagogischen Mitarbeitern ansprechen (Bezug: presse@erzbistum-koeln.de). Im Zuge kirchlicher Reaktionen gab es verschiedene Abwehr- und Rechtfertigungsstrategien, so die unsägliche Schuldzuweisung von Bischof Mixa an die Adresse der »sexuellen Revolution«. Es gab auch den Konter, dass andere Wege der Eliteerziehung ähnlich belastet seien – sogar der Papst der Reformpädagogik, Hartmut von Hentig, geriet ja ins Zwielflicht und zeigte sich, »päpstlicher als der Papst«, recht uneinsichtig. Die Hauptverteidigungslinie scheint aber derzeit zu sein, den sexuellen Missbrauch nicht als Priester-, geschweige denn Zölibatsproblem zu nehmen, sondern als ein gesellschaftlich verbreitetes Problem von Männern und letztlich als eine Frage krankhafter Veranlagung. »Heute steht fest, dass Pädophilie eine sexuelle Störung ist, die von der Neigung her nicht strukturell abänderbar ist...« – so die DBK-Leitlinien von 2002, die dann erstaunlicherweise bei der Päderastie, der Knabenliebe, eine gewisse Volatilität der Triebstruktur einräumen. Jedenfalls verbindet sich so das Bemühen um Ursachenforschung wieder mit dem Abwehrstandpunkt; letztlich liegt die Schuld bei einzelnen kranken Individuen, die zufälligerweise in unserer Gesellschaft unterwegs sind.

Angesichts solcher Erklärungsversuche seien einige Punkte festgehalten, die in der öffentlichen Aufregung unterzugehen drohen: Es geht nicht um das intergenerationelle Verhältnis, um Liebe zwischen Alt und Jung, es geht um sexuelle Gewalt, um die Überwältigung von Menschen – jung oder erwachsen, weiblich oder männlich – fürs eigene Lustempfinden, das die Täter aus der rohen körperlichen Inbesitznahme und/oder der Erniedrigung des Opfers gewinnen. Vielleicht müsste es der erste Schritt einer aufklärenden Bildungsarbeit sein, das dumme Wort vom »Missbrauch« aus dem Verkehr zu ziehen. Das zweite wäre, sich der empirischen, kriminologischen Einsicht zu stellen, die heute in der Tat (jenseits neurowis-

Kürzungen bei Integrationskursen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kündigte im März einschneidende Sparmaßnahmen im Bereich der Integrationskurse an. Eine Reihe von Trägern, die in dieser Arbeit engagiert sind, so der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV), protestierte gegen die Kürzungspläne. Die Träger begrüßten zwar, dass Bundesregierung und Parlament die Haushaltsmittel für Integrationskurse bislang aufgestockt haben; bei allem Verständnis für einzuhaltende Budgets wurde aber moniert, dass die Sparmaßnahmen zu spürbaren Einschnitten für alle integrationswilligen Zuwanderer führen würden – eine Konsequenz, die integrationspolitisch äußerst problematisch sei. Die Erfolgsgeschichte der Integrationskurse mit ihren steigenden Zahlen von lern- und integrationswilligen Zugewanderten erfahre so eine Zäsur, die im Gegensatz zur wichtigsten Bildungsmaxime der Bundesregierung »Niemand darf verloren gehen« stehe und die auch den Zielen des Nationalen Integrationsplans sowie dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP widerspreche.

Es gab zwischenzeitlich Signale vom BAMF, die Situation zu verbessern. Doch ist in 2010 wohl von einem Fehlbetrag von 30 Millionen Euro auszugehen. Als Folge ist geplant, die Zahl der Kurszulassungen für bereits länger in Deutschland lebende Zuwanderer zurück zu schrauben. DVV-Präsidentin Rita Süßmuth warnte eindringlich vor einer solchen falschen Weichenstellung. Die Erklärung der Träger findet sich auf der Website des DVV: www.dvv-vhs.de.

senschaftlicher Spekulationen über verklebte Synapsen von Triebtätern) feststeht: Die kriminogene Zone Nr. 1, der gefährlichste Ort in Gewalttaten, quantitativ und qualitativ, ist die Familie – ein Sachverhalt, der den einschlägigen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen aus ihrer täglichen Arbeit bestens vertraut ist.

»Gewalt mit tödlichen Folgen geschieht in Deutschland typischerweise in Paarbeziehungen, und zwar in der Variante eines männlichen Täters und eines weiblichen Opfers... 90 % der Gewalttaten in der Familie (werden) nicht angezeigt«, so die Kriminologin Britta Brannenbergl jüngst in einem Interview zu den in der Presse meist verharmlosend als »Familiendrama« bezeichneten Fällen (Bonner General-Anzeiger, 10./11.4.10). Ähnliche Einschätzungen gibt es zu sexuellen Übergriffen: Vergewaltigung von Frauen und Kindern geschieht in der Regel in der Familie (oder ihrem Umfeld) – bis vor gar nicht so langer Zeit übrigens vom Strafrecht toleriert, denn die Vergewaltigung der Ehefrau galt jahrzehntelang in Deutschland nicht als Straftatbestand. Die ehelichen Pflichten von der Gattin – notfalls mit Gewalt – einzufordern entspricht ja auch der Ehe als einem Rechts-, also Gewaltverhältnis, so wie es Kant vor 200 Jahren in seiner berühmten Definition des Ehevertrags formulierte und damit näher an der Realität der bürgerlichen Gesellschaft lag als moderne Propagandisten der Family-Values.

Damit gelangt man drittens zum Thema Männersexualität. Es ist natürlich keine Frage des biologischen Geschlechts. Die Enthüllungen zum Wirken der »unbarmherzigen Schwestern« (so der erfolgreiche irische Film über die Heimerziehung von Frauenorden) haben ja gezeigt, dass Frauen direkt oder indirekt an solchen Übergriffen beteiligt sind; schlagen und töten können sie genauso wie Männer; der heutige Feminismus sieht hier ja auch (wenn es um das Feld der Ehre geht) einen gewissen Nachholbedarf. Aber es ist immer noch die gesellschaftliche Normalität, dass

Männersexualität ein Verfügungsrecht über Lust- und Glücksobjekte beansprucht und gewaltsam geltend macht – dies auch oder gerade dann, wenn die Glückssuche immer verzweifelter und die alte Männerherrlichkeit (»Ein Mann muss immer wie ein Tiger sein, dann wird er auch immer Sieger sein...«) zweifelhaft wird.

Den Gewaltcharakter der Familien- und Erziehungsverhältnisse, auch in ihrer modernen, auf brutalen Konkurrenzorientierung orientierten Form, in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken und in diesem Kontext männliche Durchsetzungs- oder Selbstverwirk-

lichungsprogramme zur Diskussion zu stellen, ist daher eine wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung – statt dem Missbrauch mit Empörung, Abscheu und allgemeinem Entsetzen entgegenzutreten, was sowieso die billigste Übung ist. Mit einer solchen Aufklärung sollte sich Bildungsarbeit in katholischer Trägerschaft auch daraufhin befragen, was kirchliche Ehe- und Sexualmoral bislang an inhumanen Lebensverhältnissen abgesegnet hat. Das müsste ebenso zu einer neuen »Kultur der Achtsamkeit« (Schick) gehören.

Johannes Schillo

Aktionsrat Bildung: mehr Eigenverantwortung

Zum Frühjahr 2010 hat der Aktionsrat Bildung die Ergebnisse seines vierten Jahresgutachtens »Bildungsautonomie: zwischen Regulierung und Eigenverantwortung« vorgestellt. »Die Forderung nach mehr Eigenständigkeit von Bildungsinstitutionen ist schon seit Jahren in der Diskussion. Eine zufriedenstellende Umsetzung in allen Bildungsbereichen blieb bisher jedoch aus«, erklärte Prof. Dieter Lenzen, Vorsitzender des Aktionsrats, bei der Vorstellung des Berichts. Ziel müsse es sein, »die staatliche Regulierung an die Bedürfnisse der einzelnen Bildungsphasen anzupassen. Insgesamt ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Regulierung und Eigenverantwortung anzustreben.«

Während der Expertenrat in der Vorschule Regulierungsbedarf im Hinblick auf Standardisierung und Qualifizierung sieht und die Einführung eines nationalen Gütesiegels fordert, sollte der Handlungsspielraum an allgemeinbildenden Schulen erweitert werden. Durch mehr Autonomie könnten die Schulen ein individuelles Profil entwickeln. Dies würde zu besserer Vergleichbarkeit führen und begünstige einen positiven Wettbe-

werb. Im Hochschulbereich plädiert der Aktionsrat Bildung für eine völlige Übertragung der Dienstherreneigenschaft an die Einrichtungen und die Aufhebung starrer Stellenpläne. In das Jahresgutachten wurde jetzt auch ein eigenes Kapitel zur Erwachsenen- und Weiterbildung aufgenommen. Diese sei nicht durch Überregulierung gekennzeichnet, »jenseits staatlicher Steuerung reguliert sich der Weiterbildungsbereich durch die Vernetzung von Akteuren und im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage in Teilen selbst. Die Spezialisierung von Anbietern, die Ausrichtung an ausdifferenzierten Zielgruppen, die Lernerzentrierung der Angebote sowie die Etablierung einer kontinuierlichen Qualitätssicherung gehören zu den wesentlichen Ergebnissen der Netzwerk- und Marktorientierung.« Allerdings sei das Ergebnis nicht zufriedenstellend, staatlicher Regulierung bedürfe es vor allem da, wo Ordnungsgrundsätze gefährdet sind. Der Aktionsrat Bildung konstituierte sich im Jahr 2005 auf Initiative der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Netzadresse: www.aktionsratbildung.de.

POLITISCHE BILDUNG

Bundesausschuss: neuer Vorsitzender

AKSB-Geschäftsführer übernimmt Aufgabe

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) kam am 5. Mai 2010 in Bonn zu seinem Frühjahrsplenum zusammen. Im bap, der Arbeitsgemeinschaft bundeszentraler Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, hat es zum Jahreswechsel einen Einschnitt gegeben. Neuer Vorsitzender ist jetzt Lothar Harles, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB); er dankte bei dieser Gelegenheit dem ausgeschiedenen Vorsitzenden Theo W. Länge für sein langjähriges, ehrenamtliches Engagement in dem bundesweiten Kooperationsgremium der außerschulischen Bildung. An der Mitgliederversammlung nahm auch Andrea Hoffmeier, neue Geschäftsführerin der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), teil.

Mehr Öffentlichkeitswirkung

Der Bundesausschuss diskutierte auf seinem Plenum über Entwicklungen in Politik, Pädagogik und Öffentlichkeit, die die Profession betreffen. Harles gab einen Überblick über die Aktivitäten des Vorstands, vor allem zu den Kontakten im politischen Raum seit dem Antritt der neuen Regierung sowie im Blick auf die allgemeinen Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit für die außerschulische politische Bildung (Homepage, Veröffentlichungen etc.). Der bap beteiligt sich jetzt auch, wie bereits im Vorjahr vereinbart, am Deutschen Weiterbildungstag. Die Mitgliederversammlung beriet ferner über eine Reihe von Projekten und Planungen, so etwa über das Kooperationsprojekt »Politische Bildung in Aktion« von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Robert-Bosch-Stiftung, die Sommerschu-

le 2010, den Preis Politische Bildung 2011 sowie weitere Veranstaltungen und Vorhaben.

Besonderes Thema waren dabei die Aktionstage Politische Bildung 2010. Bei den Aktionstagen handelt es sich um eine bundesweite Öffentlichkeitsaktion für die politische Bildung, die vom Bundesausschuss in Zusammenarbeit mit der Bundes- bzw. den Landeszentralen getragen wird und die seit 2004, mittlerweile auch mit internationaler Beteiligung, stattfindet. Bei den Konsultationen auf Bundesebene in der letzten Zeit, so beim Runden Tisch der politischen Bildung, bestätigte sich die positive Wirkung dieser Öffentlichkeitsaktion. Selbstkritisch wurde jedoch angemerkt, dass die Beteiligung von Trägerseite noch zu wünschen übrig lässt. Eine solche Aktion verlange eben auch das Engagement der Träger und Verbände, deshalb sind alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung aufgerufen, diese Möglichkeit zur Präsentation der eigenen Arbeit zu nutzen (nähere Informationen finden sich unter: www.bpb.de/aktionstage2010).

Inhaltlich stand im Mittelpunkt der bap-Versammlung die Frage nach den Menschenrechten und der Menschenrechtsbildung. Dazu referierte Dr. Claudia Lohrenscheit, Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung am Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin (im Netz: www.institut-fuer-menschenrechte.de). Das Institut wurde im März 2001 auf Empfehlung des Deutschen Bundestages gegründet. Es soll über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland informieren und zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte beitragen. Neben Informations-, Forschungs- und Beratungsaufgaben befasst es sich auch mit menschenrechts-

bezogener Bildungsarbeit, z.B. durch die Erarbeitung von Lehrprogrammen für bestimmte Berufsgruppen, für Behörden und Schulen oder durch die Weiterbildung von Fachkräften.

Lohrenscheit machte besonders deutlich, dass die Orientierung an den Menschenrechten – Beispiele waren die Kinderrechts- oder die Behindertenkonvention – inzwischen auch ein wichtiger Maßstab ist, um die eigenen Verhältnisse in Deutschland zu überprüfen und zur Diskussion zu stellen. Dass hier vielfältige Beziehungen zur politischen Bildung bestehen, zeigte die Aussprache auf der Frühjahrsversammlung. Harles sprach von einer »Daueraufgabe«, die selbstverständlich zum Repertoire der außerschulischen politischen Bildung gehöre, die aber immer wieder Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung nötig mache. Deshalb wurde vereinbart, den Kontakt zum Berliner Institut, gerade auch im Hinblick auf Bildungsprogramme, Materialien und Arbeitsplanungen, weiter zu pflegen.

js

Neues Portal zur EU-Bildungspolitik

Die europäische Zusammenarbeit in der Bildungspolitik ist in den letzten Jahren immer komplexer geworden. Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB hat daher in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein neues Internetportal www.eu-bildungspolitik.de ins Leben gerufen. Auf dem Portal werden Zusammenhänge der EU-Bildungspolitik verständlich erläutert und die jeweils relevanten EU-Dokumente zum Herunterladen hinterlegt. Das Themenspektrum reicht von Schulbildung über Hochschule und berufliche Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Außerdem werden Schwerpunktthemen vorgestellt, die im Rahmen der europäischen Bildungskooperation von Relevanz sind.

Ganzheitliches Energiekonzept

Klimaschutz in der Katholischen Akademie München

Die überwiegend als Bildungsstätte genutzten, denkmalgeschützten Gebäude der Katholischen Akademie in München-Altschwabing sollen zukünftig noch intensiver als bisher zeigen, wie Klimaschutz funktioniert – in der Theorie und in der Praxis. Mit 125.000 Euro unterstützt die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) eine interdisziplinäre Grundlagenstudie, an deren Ende deutlich werden soll, wie im Vergleich zu 2001 über 70 % des klimaschädigenden Kohlendioxids vermieden werden können. Hierzu sollen ausgehend vom aktuellen Gebäudestatus der Heizwärmeverbrauch um 60 und der Primärenergiebedarf um bis zu 40 % gesenkt werden. »Gebäudeensemble wie diese auf Basis eines ökologisch und ökonomisch optimierten Gesamtkonzeptes zu sanieren, gehört zu den Zukunftsfeldern, wenn wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen wollen«, betonte DBU-Referentin Sabine Djahanschah bei der Übergabe des Bewilligungsschreibens an Akademiendirektor Dr. Florian Schuller. Zwar seien in der Akademie in den vergangenen Jahren schon verschiedene Maßnahmen durchgeführt worden. Aber ein übergeordnetes Gesamtkonzept existiere bisher nicht. Da aus wirtschaftlichen Gründen eine kurzfristige Generalsanierung aller Gebäudeteile nicht leistbar sei, solle das nun angestrebte nachhaltige und integrale Planungskonzept die folgenden Bauabschnitte aufeinander abstimmen und so zugleich für eine Umsetzung »aus einem Guss« sorgen. Es solle zeigen, wie in den kommenden Jahren das Tagungszentrum Kardinal-Wendel-Haus aus den 60er-Jahren und der denkmalgeschützte Viereckhof mit seinen Seminarräumen optimales Energiesparen möglich machen. Akademiendirektor Schuller sieht in

der Förderung eine »Anerkennung unserer Bemühungen, in der Akademie nachhaltig zu wirtschaften, sparsam mit den Ressourcen umzugehen und so unseren Beitrag zum Erhalt der Schöpfung zu leisten«. Die Förderung sei ein wichtiger Ansporn, den Weg der Nachhaltigkeit konsequent weiterzugehen. Schuller: »Das Ziel, 75 %

AKSB-JAHRESTAGUNG

Partizipation braucht Zeit

Politisches und gesellschaftliches Engagement auf dem Prüfstand

Mündigkeit und Partizipation sind herausragende Ziele politischer Bildung und damit von je her Gegenstand der Bildungsarbeit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) und ihrer inhaltlichen Auseinandersetzung. So war es nur folgerichtig, die Jahrestagung 2009 unter das Thema »Politische Bildung – Mit*Wirkung* in der Demokratie« zu stellen.

Im Jahr 2008 blickte die Arbeitsgemeinschaft auf »10 Jahre Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB« zurück und nahm dies zum Anlass, das Grundlagenpapier und damit das Selbstverständnis der AKSB ausführlich zu überprüfen und zu diskutieren. Höhepunkt der Diskussion bildete die Jahrestagung 2008, bei der die Konvention mit Fachwissenschaftlern aus Politikdidaktik und Sozialethik diskutiert wurde. Hier tauchten einige der Fragen erneut auf und wurden an eine Arbeitsgruppe weitergegeben, die ein Papier zur Konvention erarbeitete und hier sowohl Stellung zur Demokratietheorie als auch zum Bürgerbild nahm. In den

einzusparen, ist zwar ehrgeizig, aber wir trauen es uns zu.« Für Christian Sachs, den technischen Leiter und Umweltbeauftragten der Katholischen Akademie, ist die Energiekonzeptstudie eine qualitative Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie der Einrichtung. »Wir waren mit vielen Einzelmaßnahmen auch erfolgreich. Der Energieverbrauch ist zwischenzeitlich schon um 40 % gefallen; und das, obwohl die Zahl der Veranstaltungen in den Räumen der Akademie in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen hat«, erklärte Sachs.

Fachgruppen und bei Tagungen der AKSB wurden zudem weitere gesellschaftliche Entwicklungen diskutiert, die sich teilweise auch in den »Aktualisierenden Ergänzungen« zur Konvention widerspiegeln.

Zu nennen ist hier z.B. die Auseinandersetzung mit der Globalisierung als gesellschaftlicher Entwicklung. Dies führte zu der Frage, ob der »Weltbürger« mögliches neues Leitbild für die politische Bildung sein könne. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage nach der explizit politischen Partizipation und danach, wie politische Bildung diese fördern kann. Die AKSB-Mitgliederversammlung 2009 hat die entstandenen »Aktualisierenden Ergänzungen« zur Konvention diskutiert und verabschiedet. Sie sollen nun gemeinsam mit der Konvention veröffentlicht werden. Die Themen werden in den nächsten drei Jahren in der AKSB weiter diskutiert.

Jahrestagung 2009

Eine demokratische Gesellschaft kann ohne Beteiligung auf verschiedenen Ebenen nicht bestehen. Dies ist allgemein bekannt und seit Langem Kon-

sens. Gegenwärtige Diagnosen sprechen jedoch von einer zunehmend »entpolitisierten Gesellschaft« und einer steigenden Partizipationsverdrossenheit – im Unterschied zur früher postulierten Politik(er)verdrossenheit. Entgegen diesen Feststellungen finden sich aber auch zahlreiche und vielfältige Projekte und Maßnahmen, die Beteiligung ermöglichen und fördern. Neuere empirische Erhebungen, wie der Engagementatlas 09, die Sinus-Milieustudien und der Freiwilligensurvey zeichnen überdies ein differenziertes Bild der Beteiligungslandschaft.

Die benannten offenen Fragen und aktuellen Debatten sowie die empirischen Ergebnisse fordern eine weitere Beschäftigung mit dem für die politische Bildung so zentralen Thema »Demokratie und Partizipation« geradezu heraus. Zudem scheint zunehmend unklarer, wovon eigentlich die Rede ist, wenn von Beteiligung, Engagement und Partizipation und dabei von zivilgesellschaftlichen, bürgerschaftlichen und politischen Formen gesprochen wird. Unter dem Titel »Politische Bildung – MitWirkung in der Demokratie« beschäftigte sich – wie oben bereits gesagt – die AKSB bei ihrer Jahrestagung 2009 mit diesen Fragen.

Eine Klärung des Begriffes »Partizipation« nahm zu Beginn der Tagung Prof. Dr. Roland Roth, Magdeburg, vor. Er unterschied vier Formen von Politik entlang der Präpositionen »für«, »mit«, »von« und »gegen« (also z.B. Politik für Kinder, Politik mit Kindern, Politik von Kindern, Politik gegen Kinder). Bei Partizipation ginge es vor allem um das »mit«. Die Ausgestaltung der Mitwirkung reiche dabei von bloßer Anhörung und Konsultation über Mitbestimmung bis hin zur Mitgestaltung im Sinne der Umsetzung von Entscheidungen und Projekten. Zur Partizipation als Mitwirkung gehöre die Anerkennung von Zugehörigkeiten: Wer wird als Teil (Part) eines Ganzen angesehen? Außerdem hieße »mit« stets »mit Anderen« und damit die Anerkennung einer Pluralität von Sichtweisen, Bedürfnissen und Interessen. Partizipation brauche eine konkrete Ausgestaltung durch Rechte,

Regeln und Verfahren. Sie benötige Resultate, Erfolge und Wirkungen, aber auch Zeit.

Kombinationen von Beteiligungsformen

Moderne Demokratien, so Prof. Roth, seien durch Kombinationen unterschiedlicher Beteiligungsformen von Selbstorganisation und Selbstverwaltung bis zu repräsentativen Formen gekennzeichnet. Dazwischen befinde sich das weite Feld mehr oder weniger direkter Beteiligung, das von Sachvoten bis zur Delegation und Übernahme von öffentlichen Aufgaben reiche. Zu beobachten sei, dass einer Krise der repräsentativen Verfahren und einer Schrumpfung des politischen Gestaltungsraums eine wachsende Bereitschaft zum freiwilligen Engagement und neue Informationstechnologien gegenüberstünden.

Der politischen Bildung riet Prof. Roth zu überprüfen, ob ihre Demokratiekonzeption den beschriebenen Herausforderungen gerecht werde. Sie habe die Chance, den Bürger/-innen Partizipationsmöglichkeiten »entlang ihres Lebenslaufes« aufzuzeigen. Diese solle sie auch wahrnehmen. Nicht aus dem Blick lassen dürfe die politische Bildung bildungsferne Schichten, die gleichzeitig häufig genug als beteiligungsfern gelten könnten. »Wo Nichtbeteiligung nicht selbst gewählt, sondern Ergebnis institutioneller Ausgrenzung und Chancenverweigerung ist, hat eine partizipationsorientierte politische Bildung eine zentrale Aufgabe«, konstatierte Prof. Roth.

In einem zweiten Schritt präsentierte Andreas Heimer von der Prognos AG den Engagementatlas 09, eine von der AMB Generali Holding AG in Auftrag gegebene Studie. Die Studie misst das freiwillige Engagement von Bürger/-innen bis in die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands hinein und befragte dafür 44.000 Menschen. Mithilfe der Datensammlung ist ersichtlich, wie weit die Kreise und kreisfreien Städte heute zivilgesellschaftlich entwickelt und wie groß die regionalen Un-

terschiede in Deutschland sind. Aus der Studie lasse sich schließen, dass Wertewandel und Individualisierung nicht dazu führten, dass der Sinn für das Gemeinwesen verloren gehe. Der Umfang des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland bewege sich auf einem stabilen Niveau. Allerdings wird deutlich, dass höhere Bildung, geregeltes Einkommen und sichere Erwerbstätigkeit das Engagement positiv beeinflussen. Einkommensschwache, Arbeitssuchende oder auch Rentner engagierten sich weit seltener.

Dr. Hans Hobelsberger von der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) kam zu ähnlichen Ergebnissen. Er stellte verschiedene Ansätze der Engagementforschung vor und machte deutlich, dass bisher im Wesentlichen Momentaufnahmen vorlägen. Langfristige Untersuchungsdesigns, die klare Aussagen zur Entwicklung des Engagements ermöglichen, gäbe es bisher nicht. Die differierenden Definitionen von Engagement und Partizipation sowie die unterschiedliche Operationalisierung in den einzelnen Studien machten eine Einschätzung über die Veränderungen nicht einfacher. Generell ließe sich aber zeigen, dass es ein erhebliches Potenzial an Engagierten und Engagementbereiten gäbe.

Beteiligung durch das Internet

Erfolgreiche Beispiele zur Förderung von Partizipation in Gesellschaft und Demokratie wurden in dem von Lothar Harles, AKSB-Geschäftsführer, moderierten Podium präsentiert. Markus Schafft, Bürgermeister der Gemeinde Hofbieber, betonte, dass Mitwirkung ein integraler Bestandteil der kommunalen Ebene sei. »Nirgends sonst in unserem Staatsaufbau findet Politik so nah am Bürger statt und sind die Teilhabemöglichkeiten an der Willensbildung so unmittelbar.« Isabelle Hoffmann von der Bertelsmann Stiftung beschrieb die Erfahrungen aus dem »BürgerForum Soziale Marktwirtschaft«, welches das Internet als Mittel

zur Beteiligung nutzte.

Sowohl hier als auch in anderen Projekten ließe sich feststellen, dass die persönliche Begegnung nach wie vor wichtig für Partizipation sei. Sebastian Blümel, Diözesanjugendpfarrer der Diözese Fulda und BDKJ-Diözesanpräses, forderte, junge Christen sollten politisch in der Gesellschaft aktiv werden und sich nicht »hinter Gebetbüchern verstecken«. Die kirchliche Jugendarbeit beschrieb er als ausgesprochen partizipationsfördernd für Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft.

Dr. Thomas Lemmen, der christliche Vorsitzende des Koordinierungsrats des Christlich-Islamischen Dialogs (KCID) in Köln, stellte seine Arbeit vor. Der KCID stärke die Partizipation an Gesellschaft in der Zusammenarbeit von Christen und Muslimen. Bundesweit konnten 150 christlich-islamische Initiativen ausfindig gemacht werden, die ehrenamtliche Projekte organisierten. Bernhard Eder, Bildungsreferent bei kifas, erläuterte das Projekt SEVIR, welches einen Beitrag zur Weiterentwicklung der bürgerschaftlichen Partizipation älterer Menschen darstellt. Diese Engagementform, so Eder, werde europaweit wegen verschiedener Barrieren und Hemmnisse noch zu wenig praktiziert.

Markt der Möglichkeiten

In einem Markt der Möglichkeiten konnten folgende Projekte und Initiativen als Beispiele für gelungene Förderung von Partizipation vorgestellt werden:

»Aktion 09« – Gib Deiner Meinung eine Stimme!: Mit diesem von der Bundeszentrale geförderten Projekt (www.aktion09.de) sollten vor allen Dingen Haupt- und Berufsschüler sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis 25 Jahren angesprochen werden.

SEVIR: Das Projekt SEVIR will einen Beitrag zur Weiterentwicklung der bürgerschaftlichen Partizipation älterer Menschen leisten. Das von Bernhard Eder vorgestellte Projekt (www.kifas.org)

und <http://www.sevir.eu/>) wurde in sechs Ländern durchgeführt.

Partizipation von Männern: Erfahrungen aus der Männerarbeit und die Ergebnisse der Studie »Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland« in Bezug auf die Partizipation stellte Dr. Andreas Ruffing, Leiter der Arbeitsstelle katholische Männerseelsorge (www.kath-maennerarbeit.de), vor.

Berufsbezogene politische Bildung: Die berufsbezogene politische Bildung geht von gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Einflüssen auf die eigene Arbeit aus und fragt nach gesellschaftspolitischen Handlungsanforderungen und -optionen. Einen Einblick in diese Bildungsarbeit beim Bonifatiushaus gab Burkhard Kohn (www.bonifatiushaus.de).

Politische Bildung mit Wehrpflichtigen: Stefan Dengel, Referent für Soldatenfragen beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend, erläuterte die Initiative katholischer Jugendverbände im BDKJ »aktion kaserne« (www.bdkj.de) »Bundesstelle >Referat für Soldatenfragen >aktion kaserne«).

Benedikt Widmaier, Direktor des Haus am Maiberg, Heppenheim, diagnostizierte in seinem Beitrag ein hohes Maß an Politikverdrossenheit und Politikdistanz in Europa. »Auch wenn solchen Krisenphänomenen gerne eine vermeintlich hohe Beteiligung der Bürger/-innen in der Zivil- und Bürgergesellschaft gegenübergestellt werde, bestehe dennoch die Gefahr der Entpolitisierung und postdemokratischer Fehlentwicklungen. Eine politische Kultur, die vor allem von Entpolitisierung und neoliberalen Denken geprägt ist, wirke auch zurück auf die Zivilgesellschaft. Die erhofften positiven Spillover-Effekte für eine demokratische politische Kultur und eine demokratische politische Partizipation könnten deshalb in der aktuellen Situation nicht wirksam werden.« Der politischen Bildung legte er daher nahe, »ihr Profil in Abgrenzung zu populären zivilgesellschaftlichen und postdemokratischen Theorien zu schärfen und sich deutlich und eindeutig zu einem politischen Politik-

begriff zu bekennen«. In der Praxis solle als Basiskonzept Aktives-Politik-Lernen (Learning active Politics) weiterentwickelt werden. Die Schärfung des politischen Bewusstseins beschrieb Widmaier als grundlegende Querschnittsaufgabe. Die von ihm entwickelten Thesen wurden in Kleingruppen durchaus kontrovers diskutiert. Hier zeigte sich die Vielfalt der vertretenen Bildungseinrichtungen hinsichtlich ihrer Zielgruppen, Angebote und konzeptionellen Ansätze.

Schlussfolgerungen

Die Tagung machte erneut deutlich, dass eine hohe Bereitschaft zur Partizipation generell vorhanden ist. In weiten Bereichen fehlt es jedoch an der richtigen Ansprache der verschiedenen Zielgruppen. Zudem benötigen die Einzelne unterschiedliche Ressourcen, um erfolgreich partizipieren zu können. Hier sind unter anderem Zeit und das Wissen über Möglichkeiten der Mitwirkung zu nennen. Menschen, die diese Ressourcen besitzen, können eher und stärker mitbestimmen. Dies führt zu neuen Ressourcen (wie Macht) und schafft damit ein noch stärkeres Ungleichgewicht bei der Beteiligung. Hier besteht die Aufgabe politischer Bildung darin, noch stärker eher bildungsferne und benachteiligte Zielgruppen anzusprechen, um deren Partizipation und damit ihre Ressourcen zu vergrößern.

Unbedingt weiterzuführen sind aber auch die Debatten um Entpolitisierung und politische Partizipation. »Partizipation als Thema ist das eine, als Prinzip in der Seminararbeit noch mal ein ganz anderes«, so ein Teilnehmender der Tagung. Diese Herausforderung bleibt. Prof. Roth hatte es bereits am Anfang formuliert: »Es wäre reizvoll, eine Form der politischen Bildung zu erfinden, die selbst konsequent auf Partizipation im Sinne von Beteiligung, Mitwirkung, Mitbestimmung setzt.«

Ulrike Leikhof